AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V.

Kittel, W.: Ziele und Strategien des BML für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im EG-Binnenmarkt und im geeinten Deutschland. In: Schmitz, P. M.; Weindlmaier, H.: Land- und Ernährungswirtschaft im europäischen Binnenmarkt und in der internationalen Arbeitsteilung. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 27, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1991), S.511-522.

ZIELE UND STRATEGIEN DES BML FÜR DIE DEUTSCHE LAND- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT IM EG-BINNENMARKT UND IM GEEINTEN DEUTSCHLAND

von
Walter KITTEL, Bonn

Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung, bevor ich zu meinem eigentlichen Vortragsthema komme.

Es hat eine gewisse Tradition, daß der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - oder einer seiner Staatssekretäre - ein Grußwort an die Teilnehmer der GEWISO-LA- Jahrestagung richtet. Wenn ich meine guten Wünsche für das Gelingen dieser Tagung in diesem Jahr erst am Abschlußtag Ihrer Veranstaltung anbringen kann, so liegt das an den Terminvorgaben auf EG-Ebene. Gestern und vorgestern fand das informelle Treffen der EG-Agrarminister auf Einladung der italienischen Präsidentschaft in Palermo statt. Auch dort haben Minister Kiechle und ich die Gelegenheit genutzt, unseren Amtskollegen die Belange der Agrarreformen auf dem Gebiet der bisherigen DDR, vor allem im Hinblick auf den künftigen EG-Binnenmarkt, nahezubringen.

Damit wären wir schon direkt im Thema meines Referates; ich möchte aber nicht versäumen, Ihnen zu versichern, daß mein Minister und seine Mitarbeiter großen Wert auf den fachlichen Rat der Agrarwissenschaften legen und eine Tagung wie diese, zumal bei einem so praxisnahen Tagungsthema, als idealen Berührungspunkt zwischen wissenschaftlicher und praktischer Agrarpolitik verstehen. Ich darf noch erwähnen, daß gerade im Zusammenhang mit der Wiedererlangung der deutschen Einheit, aber auch dem EG-Binnenmarkt, unser Haus sehr rasch umfassenden fachlichen Rat seitens der Agrarwissenschaften erhalten hat. Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr, Ihnen allen den Dank dafür auszusprechen.

Der Tagungsleitung möchte ich danken, daß sie kurzfristig das Tagungsthema um den Aspekt der deutschen Einigung erweitert hat. Wie gut sie daran getan hat, wird am heutigen Tage, einem wahrlich historischen Datum, besonders deutlich. Der Anlaß des heutigen Staatsfeiertages ist ein wirklicher Grund zum Feiern: Nach über 40 Jahren der Trennung konnte der zentrale Auftrag unseres Grundgesetzes, die nationale Einheit wiederherzustellen, erfüllt werden, und freie und geheime Wahlen für einen gemeinsamen Deutschen Bundestag werden in Kürze stattfinden. Diese Entwicklung war noch vor einem Jahr nicht in Ansätzen erkennbar. Daß sie aber weitreichende Auswirkungen auch auf den Agrarsektor hat, wird immer deutlicher.

Auch mein Vortrag war ursprünglich nur auf den künftigen EG-Binnenmarkt ausgerichtet, wurde dann aber entsprechend den aktuellen Entwicklungen um den Aspekt der deutschen Vereinigung und ihrer Auswirkungen auf den Agrarbereich erweitert. Nun kann ich vor diesem Kreis davon ausgehen, daß Sie sich alle bereits selbst auf wissenschaftlicher Ebene sowohl mit dem Thema "Binnenmarkt" wie auch "DDR-Landwirtschaft" beschäftigt haben, zumindest im Rahmen der vorangegangenen beiden Tage. Ich möchte daher meine Ausführungen auf einige Leitlinien und aktuelle Schwerpunkte begrenzen.

Natürlich kann man "EG-Binnenmarkt" und "Deutsche Vereinigung" gedanklich voneinander trennen, wenn man aus sektoraler Sicht die Einzelaspekte analysiert. Bei einer gesamtpolitischen Betrachtung neige ich jedoch vielmehr dazu, beide Einigungsprozesse als

sich ergänzende Bausteine für einen gesamteuropäischen Einigungsprozeß zu verstehen (dessen Entwicklung auch 1992 noch nicht abgeschlossen sein wird, wie die Beitrittswünsche einiger europäischer Staaten zeigen). Wer hätte eine solche Entwicklung zu hoffen gewagt, als Anfang der 80er Jahre allenthalben von der "Eurosklerose" und der Verlagerung des Zentrums der Weltwirtschaft in den pazifischen Raum gesprochen wurde?

Stattdessen werden wir heute von allen "Drittländern" Europas- schon diese Bezeichnung drückt vieles aus-, aber auch Japan und anderen entwickelten Industriestaaten um die Wiedererstarkung des Europagedankens bewundert, beneidet, z.T. auch beargwöhnt. Das Binnenmarktprogramm der Einheitlichen Europäischen Akte, zum Beschlußzeitpunkt noch Zukunftsmusik, hat sich inzwischen verselbständigt; von den knapp 300 Vorhaben des sog. "Weißbuches" der EG-Kommission wurden ca. zwei Drittel bereits beschlossen, und wir sind alle guter Hoffnung, daß die restlichen Maßnahmen bis Ende 1992 ebenfalls realisiert werden. Auch der Zeitplan für die Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion konnte bisher eingehalten werden. Insofern ist der EG-Binnenmarkt politisch gesehen ein "Zug in voller Fahrt". Für die anderen europäischen Staaten, die nicht zur derzeitigen Gemeinschaft gehören, hat das Thema eine große politische Anziehungskraft. Wenn Sie aus dieser Sicht Gorbatschow's Bild vom "Europäischen Haus" sehen, können Sie die Verbindung zum deutschen Einigungsprozeß auch so beschreiben, daß ein großer Teil dieses "Europäischen Hauses" bereits renoviert und modernisiert wurde (wobei sich die Mieter der 12 Wohnungen gegenseitig helfen); allerdings hat der eine Mieter seine Wohnung nun kurzfristig noch etwas vergrößert, indem er die kleine und stark renovierungsbedürftige Nachbarwohnung seines Bruders mit übernommen hat.

Ich will dieses Bild nicht überstrapazieren und zum Gesamtkunstwerk ausmalen; ich wollte nur andeuten, daß der Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten im gesamteuropäischen Zusammenhang zu sehen ist und auch nur in diesem politisch so reibungslos vollzogen werden kann, wie er gegenwärtig abläuft.

Damit sollte nicht gesagt werden, daß es keine Probleme gäbe -natürlich gibt es sie, sowohl beim EG-Binnenmarkt wie bei der deutschen Vereinigung. Sie liegen aber nicht im grundsätzlichen politischen Bereich, sondern im Detail.

Womit wir bei der Landwirtschaft sind.

Für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft wird der EG-Binnenmarkt sicherlich zu einer Verstärkung des Wettbewerbs führen. Hinzu kommen die Auswirkungen der GATT-Verhandlungen, die für den Agrarsektor zu einer gewissen Reduzierung des Schutzniveaus führen können. Mittelfristig werden auch die Betriebe der bisherigen DDR, sobald sie den Anpassungsprozeß an unser Wirtschaftssystem abgeschlossen haben, ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis stellen.

Die Ziele des BML sind daher zunächst generell darauf gerichtet, die Wettbewerbsstellung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft so zu verbessern, daß sie sich im EG-Binnenmarkt behaupten kann. Denn natürlich ist die Zielsetzung des Landwirtschaftsgesetzes von 1955 nach wie vor gültig; danach ist "der Landwirtschaft die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft ... zu sichern; damit soll gleichzeitig die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen an die vergleich-

barer Berufsgruppen angeglichen werden".[1] Das Landwirtschaftsgesetz nennt auch die zu ergreifenden Maßnahmen - "insbesondere die Handels-, Steuer-, Kredit und Preispolitik-," um "ihre Produktivität zu steigern."[2] Ich meine, daß die Väter dieses Gesetzes damit den auch heute noch entscheidenden Punkt genannt haben: Da die Landwirtschaft nicht nur von staatlichen Transferzahlungen abhängig sein, sondern sich den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften will, bleiben Produktivitätssteigerungen notwendig. Artikel 39 des EWG-Vertrages wird sogar noch deutlicher, wenn er bei den Zielen der gemeinsamen Agrarpolitik die Produktivitätssteigerung an erster Stelle nennt und den technischen Fortschritt, die Rationalisierung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren ausdrücklich als Mittel hierzu auflistet.

Unseren Landwirten sind diese Zusammenhänge bewußt. Neu ist dieser wichtige Punkt jedoch für die Landwirtschaft der bisherigen DDR. Auch für sie werden zwar mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten das Landwirtschaftsgesetz von 1955 und der EWG-Vertrag unmittelbar geltendes Recht, aber der Kenntnisstand und die Einstellung dazu sind nach vierzig Jahren Kommandowirtschaft und staatlicher Stückkostensubventionen noch nicht in vollem Umfang gegeben, vor allem aber nicht - wie wir in jüngster Zeit bemerken mußten - bei denjenigen, die nach wie vor in den verschiedenen Ebenen der Agrarverwaltung der früheren DDR die neuen Zeichen nicht verstanden hatten (oder nicht wollten). Jedoch bin ich sicher, daß dieser Lernprozeß schnell vonstatten gehen wird. Um mit Ludwig Erhard zu sprechen: "Wir können also schon mit einiger Gelassenheit den trüben Prophezeiungen derer entgegensehen, die in ihrer rationalen "Vollkommenheit" wieder einmal die menschlichen und sozialen Imponderabilien, die Impulse und Energien vergessen werden, die sich eben nicht auf eine rechenhafte Formel bringen lassen. Gerade die Not der noch unter Tyrannei lebenden Menschen, ihr Hunger und ihr Mangel an allem, was das Leben noch lebenswert macht, werden sich als eine mächtige, vorwärtsdrängende Kraft erweisen und der menschlichen Arbeit fast ungeahnte Anwendungsmöglichkeiten bieten."[3] So Ludwig Erhard 1953 wörtlich zu " wirtschaftlichen Problemen der Wiedervereinigung".

Kurz gesagt: Die grundlegenden agrarpolitischen Ziele werden sich weder durch den EG-Binnenmarkt noch durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ändern. Nach wie vor gilt, daß wie eine vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft anstreben, deren Schwerpunkt in bäuerlicher Wirtschaftsweise liegt. Aber unabhängig von der Betriebsform müssen im zunehmendem Wettbewerb der EG künftig alle Produktivitätsreserven wahrgenommen werden.

Durch die Einbeziehung der DDR-Landwirtschaft kommt eine neue Dimension in diese Zielsetzung: Für Großbetriebsformen der bisherigen DDR, in welcher Rechtsform auch immer, muß Chancengleichheit bestehen. Wir werden uns damit befassen müssen, was z.B. Chancengleichheit in der Förderungs- und Steuerpolitik bedeutet, und auf Förderschwellen und Prosperitätsklauseln wird die Struktur der Landwirtschaft auf dem Gebiet der bisherigen DDR nicht ohne Einfluß bleiben.

---

1) vgl. Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 31 (1955), S. 565.
2) vgl. ebenda.
3) vgl. Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 174/S. 1453 vom 12.09.1953.

Welche Strategien und welcher Handlungsbedarf ergeben sich aus diesen Zielen?

Ich möchte hierbei gedanklich unterscheiden zwischen

- den Strategien für die Landwirtschaft im gesamten Deutschland, d.h. dem mittelfristigen Handlungsbedarf,

- den Maßnahmen, die speziell für die Land- und Ernährungswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland notwendig sind, und

- dem Handlungsbedarf, der speziell für die Agrarwirtschaft auf dem Gebiet der bisherigen DDR kurz- und mittelfristig umzusetzen ist.

Lassen Sie mit letzterem beginnen:

In Artikel 15 des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs und Sozialunion hatte sich die DDR zwar verpflichtet, ein Preisstützungs- und Außenschutzsystem entsprechend den EG-Marktordnungen einzuführen; zum Schutz ihrer Landwirtschaft waren jedoch Übergangsregelungen, insbesondere mengenmäßige Beschränkungen im Handel, vorgesehen, die bei gewissen tierischen Produkten Mindestpreise ermöglichen sollten. Außerdem sollte die innerdeutsche Grenze vorerst noch die Außengrenze der EG darstellen. Diese im Mai dieses Jahres unterzeichnete Vereinbarung war schon im Juli von der Realität überholt worden: Die Verbraucher fragten andere Produkte nach - nicht immer rational, aber menschlich verständlich -, die Mindestpreise für Milch und Fleisch konnten nicht durchgesetzt und die mengenmäßigen Beschränkungen nicht eingehalten werden.

Das Ergebnis ist Ihnen bekannt: Ab 1. August wurden alle mengenmäßigen Beschränkungen im innerdeutschen Handel beseitigt, so daß überschüssige DDR-Agrarprodukte ungehindert zur Verarbeitung in die Bundesrepublik fließen konnten, zum Ausgleich der Mengen, die als Fertigwaren der Ernährungswirtschaft in die DDR geliefert wurden (in den ersten 6 Monaten dieses Jahres hatten sich die Lieferungen in die DDR bei Agrar- und Ernährungsgütern vervierfacht, während die Bezüge nur um 20 % stiegen; allein im Juni waren die Lieferungen in die DDR fast zehnmal so hoch wie im Vorjahresmonat, während die Bezüge sich nur knapp verdoppelten).

Bei den Schweinepreisen des Monats Juli zeigten sich die Folgen dieses Ungleichgewichts besonders deutlich: 3,90 DM je kg Lebendgewicht bei uns gegenüber weniger als 2,- DM je kg für Schweine in der DDR. Hinzu kamen organisatorisch-technische Probleme im Abnehmerbereich, so daß die LPGen in arge Bedrängnis gerieten, z.T. die Löhne nicht auszahlen konnten, Tierschutzprobleme traten auf, kurz: Der abrupte Übergang von einem zum anderen Wirtschaftssystem kam ins Knirschen und Stocken.

Hier mußte geholfen werden. Mit organisatorischer und finanzieller Hilfe der Bundesregierung wurde in der DDR ein Soforthilfeprogramm beschlossen und umgesetzt, das in erster Linie einer Stabilisierung der Märkte und damit einen Stop des Preisverfalls für Agrarprodukte bewirken sollte.

Zu diesen Maßnahmen zählten - neben der eben geschilderten Aufhebung der Kontingente im innerdeutschen Handel - insbesondere die Einführung der staatlichen Intervention
- bereits ab 19. Juli für Butter und Magermilchpulver (MMP) und

- schon ab 1. August bei Getreide (im Gegensatz zum 1. November auf dem Gebiet der Bundesrepublik),

und zwar in beiden Fällen entsprechend den in der Bundesrepublik gültigen Preisen!

Außerdem wurden Beihilfen zur Verfütterung von Magermilch und -pulver eingeführt, die finanziellen Mittel zum Export von 40.000 t Butter und 40.000 t MMP in Drittländer bereitgestellt sowie für den Export von je 110.000 t Rind- und Schweinefleisch; hinzu kamen Hilfen für die private Lagerhaltung. (Wenn diese Maßnahmen nicht so schnell wie erhofft Wirkung zeigten, so lag das vor allem an der unzureichenden Information der Betroffenen in der DDR bzw. an der mangelnden Umsetzungskraft in der DDR-Agrarverwaltung).

Kritische Ökonomen unter Ihnen mögen jetzt einwenden, daß nur die altbekannten, finanzaufwendigen Instrumente der EG-Marktordnungssysteme auf die DDR übertragen wurden - ich meine aber, daß es keine andere Möglichkeit gab, einen völligen Zusammenbruch der Agrarwirtschaft in der DDR zu verhindern! Im übrigen werden hier die Besonderheiten des Agrarsektors offenkundig: Unverkaufte Industrieprodukte sind zwar auch ein Ärgernis und volkswirtschaftlicher Verlust (wegen der bei der Produktion aufgewendeten Faktoren, für die bei besserem Management sicherlich Opportunitätskosten bestanden), aber Agrarprodukte sind verderblich, werden diskontinuierlich geerntet oder müssen - wie in der Tiermast - kontinuierlich geschlachtet und verarbeitet werden, um einen Preisverfall zu vermeiden. Hinzu kommen Probleme des Tierschutzes, und die Bevölkerung reagiert zu recht wesentlich sensibler, wenn überschüssige Milch in den Gully geschüttet wird, als wenn z.B. veraltete Elektroartikel in den Regalen stehenbleiben, auch wenn bei rein volkswirtschaftlicher Betrachtung von den Kosten her kein Unterschied bestünde.

Als weitere kurzfristige Hilfe, die insbesondere auf die Beschäftigten in den LPGen zielt, wurden Anpassungs- und Überbrückungshilfen gewährt, die teilweise pauschal je Arbeitskraft (Preisbruchhilfe) und teilweise in Abhängigkeit von der Liquiditätslage (Sicherung der Zahlungsfähigkeit) der LPGen geleistet wurden. Voraussetzung für die Anpassungshilfen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ist bei der Gewährung im nächsten Jahr, daß Betriebssanierungspläne vorgelegt werden, die zum Ziel haben,

- die Rentabilität zu verbessern,
- die Produkte den Marktbedingungen anzupassen und
- eine umweltverträgliche Bewirtschaftung zu gewährleisten.

Mittelfristig wäre es natürlich keine Lösung, Überschüsse zu intervenieren. Deshalb wurden die bei uns gültigen Flächenstillegungs- und Extensivierungsprogramme bereits ab Ende Juli auch den DDR-Betrieben angeboten, und bei Milch wurde die Quotenregelung mit einer Kürzung der Anlieferungsmenge von 8 % in diesem Jahr und weiteren 12 % im nächsten Jahr verfügt. Bei Zucker werden wir allerdings darauf achten, daß die für den Zuckerrübenanbau prädestinierten Standorte entsprechende Quotenanteile im Rahmen der EG-Zuckermarktordnung erhalten.

Bei den anstehenden Reformen sehe ich das Problem weniger in der eigentlichen Produktionstechnik - wenn man von der unsinnigen Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion, den jenseits aller Betriebsoptima liegenden Bestands- und Schlaggrößen, den Bodenverdichtungs- und Erosionsproblemen einmal absieht, die vermutlich sogar relativ kurzfristig gelöst werden können. Nein, ich denke an die ordnungspolitische Problematik der bisherigen Agrarverfassung der DDR: Wie mein verehrter Lehrer Erich Carell schon 1948 in

seinem Buch "Bodenknappheit und Grundrentenbildung"[4] sehr zutreffend abgeleitet hat, "setzt die Grenzproduktivität der landwirtschaftlichen Arbeit als ökonomischer Bestimmungsfaktor der Höhe des Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeit die Bodenknappheit und damit das Vorhandensein des Bodenwertes oder - marktwirtschaftlich gesprochen - eines Preises für die Bodennutzung voraus." (Soweit das Zitat). Ich kann daraus nur die Schlußfolgerung ziehen, daß wir auf dem Gebiet der bisherigen DDR nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus ökonomischen Zwängen wieder eine freiheitliche Agrarverfassung mit privatem Besitz an Grund und Boden benötigen. Nur so kann die Allokation der Produktionsfaktoren - und hierzu zählt im Gegensatz zur marxistischen Theorie nach unserem Verständnis auch der Boden - wieder einem wirtschaftlichen Optimum zugeführt werden! Daß damit die Eigentumsfreiheit insgesamt verbunden sein muß, versteht sich von selbst.

Der Wissenschaftliche Beirat im BML hat sich in seinem Kurzgutachten über die "Ordnungspolitischen Grundsätze für die Land- und Ernährungswirtschaft der DDR" bereits sehr deutlich für eine Neuregelung der Eigentums- und Nutzungsrechte sowie des Genossenschafts- und Gesellschaftsrechts ausgesprochen und überzeugend dargelegt, weshalb die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aufzuheben ist:

Auch bei einer Beendigung der bisherigen Gängelung durch SED-Vorgaben und der Einführung eines Managements, das "nur noch" das betriebliche Wohl im Auge hat, sind diese Betriebe den Privatbetrieben aus diversen Gründen unterlegen (ich erwähne nur die geringere Flexibilität und Leistungsmotivation sowie die Tendenz zur "geschlossenen Gesellschaft" in der LPG).

Auf der anderen Seite repräsentieren die LPGen im wesentlichen die Landwirtschaft der DDR, und eine zügige, flächendeckende Umwandlung in private bäuerliche Betriebe ist aus verschiedenen Gründen nicht zu erwarten.[5]

Deshalb werden sich bald **Mischformen** zwischen den einzelbäuerlichen und kollektiven Betriebsformen bilden. Wichtig scheint es mir zu sein, daß geeignete Modelle entwickelt werden, die den Wünschen und Bedürfnissen der Landwirte entgegenkommen. Hierbei möchte ich auch Sie als Agrarökonomen ansprechen, **neue Ideen** zu entwickeln.

Jedenfalls ist Herrn Professor Köhne zuzustimmen, wenn er in seinem jüngsten Beitrag für die "Agrarwirtschaft" feststellt, daß erfolgreiche Landwirtschaft nicht in erster Linie eine Frage der Rechtsform ist, sondern entscheidend von der Erfüllung der ökonomischen Effizienzbedingungen abhängt.[6]

Kurzum: Im Agrarsektor der ab heute zum Bundesgebiet zählenden Ländern muß noch einiges getan werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit erreicht wird, die im Europäischen Binnenmarkt benötigt wird.

Gleiches trifft für den nachgelagerten Bereich der Ernährungswirtschaft zu, damit die Verbraucher im Regal nicht nur nach westdeutscher Ware greifen. Das gilt für Qualität,

---

4) Erich Carell, Bodenknappheit und Grundrentenbildung, Freiburg i.Br. 1948, S. 46.
5) vgl. M. Köhne, Erfolgsvoraussetzungen für LPGen, in: "Agrarwirtschaft", Jahrgang 39 (1990), Heft 9, S. 265.
6) vgl. ebenda.

Hygiene, Aufmachung, Verpackung und Frische der Ware. Ich bin sicher, daß durch die Zusammenarbeit zwischen der Ernährungsindustrie beider Teile Deutschlands sowie die Leistungsfähigkeit der Firmen, die im Anlagenbau der Ernährungswirtschaft tätig sind, nach einer Übergangszeit von 2 - 3 Jahren die jetzt noch bestehenden Probleme aus dem Weg geräumt sind, zumal ein wichtiges Investitonshemmnis, nämlich die Rechtsunsicherheit, durch den heute wirksam gewordenen Beitritt zum Teil aufgehoben ist.

Schon vorher sollten sich aber alle beteiligten Firmen bemühen, daß ein möglichst großer Anteil von Waren im Sortiment aufgenommen wird, die aus regionaler Produktion stammen, weil sonst die Absatz- und Beschäftigungsprobleme in der dortigen Land- und Ernährungsindustrie weiter verstärkt würden. Ende August fand in Erfurt deshalb eine von beiden Landwirtschaftsministerien initiierte Gesprächsrunde der deutschen Ernährugswirtschaft statt, an der sich die CMA, die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungswirtschaft sowie die Schwesterorganisation der DDR beteiligten mit dem Ziel, den Absatz der in der DDR produzierten Ernährungsgüter zu steigern. Dies war eine Auftaktveranstaltung; ähnliche werden unter Federführung der CMA folgen.

Aber nicht nur die Ernährungswirtschaft, auch der Handel in der bisherigen DDR muß sich umstellen: Ohne den Aufbau marktwirtschaftlicher Absatz- und Vermarktungstrukturen bleiben die Erfolge von Reformen bei Produktion und Verarbeitung auf dem Weg zum Verbraucher in den unerfindlichen Wegen der HO-Vermarktung stecken. Nicht zu vergessen die unvollständige Infrastruktur bei Kommunikation und Verkehrswegen: Kurzfristig entstehende Versorgungsengpässe lassen sich natürlich nicht schließen, wenn das Telefonnetz nicht funktioniert oder der LKW des Großhändlers beim Einzelhändler nicht rechtzeitig ankommt.

Zurück zur Landwirtschaft.

Neben den geschilderten Aufgaben im ökonomischen Bereich sehe ich einen weiteren Schwerpukt im Umweltschutz der Landwirtschaft in der früheren DDR. Angesichts der bisherigen hohen Umweltbelastung wird durch die Übernahme der Umweltgesetze und Verordnungen der Bundesrepublik Deutschland mit der heutigen Vereinigung bereits der erste entscheidende Schritt getan. Der nächste ist der Erlaß entsprechender Vorschriften und Grundsätze durch die neu geschaffenen Bundesländer, wobei wir hinsichtlich Umsetzung und Kontrolle sicher mit einer gewissen Aufbau- und Übergangsphase rechnen müssen. Ziel muß aber sein, eine in unserem Verständnis ordnungsgemäße und umweltverträgliche Landbewirtschaftung einzuführen, vor allem in den Bereichen Pflanzenschutz, Düngung und Gewässerschutz. Außerdem sind Hilfen zur Sanierung ökologischer Altlasten der Landwirtschaft erforderlich. Das betrifft in erster Linie die Stillegung und Aufforstung von Grenzertragsböden und stark kontaminierten Flächen, die Schließung von Massentierhaltungen mit überhöhten Tierbeständen je Fläche sowie die Energieumstellung im Gartenbau von Braunkohle auf Erdgas oder Erdöl. Außerdem muß wieder Wert gelegt werden auf die Verbesserung und Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und die Pflege der Kulturlandschaft als Lebens-, Freizeit- und Erholungsraum - alles Gesichtspunkte, denen in der planwirtschaftlichen Landbewirtschaftung der DDR nur ungenügende Bedeutung beigemessen wurde.

Aus der Auflistung der vielen Probleme im Zusammenhang mit der Land- und Ernährungswirtschaft der bisherigen DDR sollte nicht der Eindruck erweckt werden, die Landwirtschaft in den "Kernländern" der Bundesrepublik sei die Insel der Glückseligkeit.

Auch hier sind viele Probleme noch ungelöst, allerdings sind diese aufgrund der völlig anderen Strukturen, der langjährigen Einbindung in die EG und vor allem des wirtschafts- und ordnungspolitischen Rahmens ganz anders geartet. Um das Gesamtthema unserer Veranstaltung im Auge zu behalten, möchte ich mich auf die Aspekte beschränken, die im Hinblick auf den künftigen EG-Binnenmarkt für die westdeutschen Landwirte besonders relevant sind.

Die zentrale Fragestellung ist, ob die Land- und Ernährungswirtschaft des **bisherigen** Bundesgebietes genug Wettbewerbskraft hat, um dem Konkurrenzdruck in einem einheitlichen Europäischen Binnenmarkt gewachsen zu sein, bzw. ob Wettbewerbsverfälschungen gegenüber den Mitkonkurrenten bestehen, die gegebenenfalls zu beseitigen wären.

Mein Haus hat im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe diese Fragestellung ausführlich geprüft, außerdem hat sich der Wissenschaftliche Beirat beim BML in seinem jüngsten Gutachten mit dieser Thematik befaßt. Beide Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die größeren landwirtschaftlichen Familienbetriebe weitgehend wettbewerbsfähig sind. Die westdeutsche Landwirtschaft hat aber generell Defizite in der Betriebsgrößenstruktur, der Belastung mit fixen Kosten, beim Organisationsgrad, d.h. der Beteiligung an Erzeugergemeinschaften, überbetrieblicher Maschinennutzung und Vermarktungsgenossenschaften. Außerdem könnte das Beratungswesen stärker auf die kaufmännische Betriebsführung und Vermarktung ausgerichtet werden. Insgesamt werden aber von den staatlichen Rahmenbedingungen keine einseitigen Wettbewerbsnachteile verursacht. Als positive Standortfaktoren sind der gute Ausbildungsstand der Landwirte sowie die Marktnähe zum kaufkräftigen mitteleuropäischen Markt zu sehen. Hieraus erwachsen wiederum Chancen, die es zu nutzen gilt.

Neben Kosteneinsparungen bei der Produktion (oftmals mit positivem Umwelteffekt) sind vor allem die Vermarktungsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Ich denke hier in erster Linie an freiwillige vertragliche Bindungen auf horizontaler Ebene, aber auch in vertikaler Richtung. Die Dänen, Niederländer und Franzosen haben gezeigt, welche Möglichkeiten hierin stecken, und inzwischen gibt es auch einige sehr erfolgreiche deutsche Beispiele, die dies bestätigen. Die Gewinnchancen liegen im Markt und nicht bei der Intervention! Nur so kann das Wort "Binnenmarkt" richtig verstanden werden.

In dem der Landwirtschaft nachgelagerten Bereich, der "aufnehmenden Hand" einschließlich erster Verarbeitungsstufe, hat der Ankündigungseffekt des EG-Binnenmarktes die ohnehin ablaufenden Konzentrationstendenzen weiter verstärkt; auch auf dieser Ebene bestehen, speziell in einigen Regionen der Bundesrepublik, im Vergleich zu den Konkurrenzfirmen der EG-Mitgliedstaaten noch Defizite hinsichtlich Betriebsgröße und Vermarktungsstruktur, die allerdings allmählich abnehmen. Soweit möglich, werden im Rahmen der EG-Förderprogramme auf der Grundlage von Sektorplänen Umstrukturierungshilfen gewährt, aber im Normalfall ist hier die Wirtschaft auf Eigeninitiative und Selbsthilfe angewiesen.

Nun zur mittelfristigen Gesamtstrategie für die gesamtdeutsche Landwirtschaft im EG-Binnenmarkt:

Lassen Sie mich zunächst anknüpfen an meine Eingangsbemerkung, daß der Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten nur im gesamteuropäischen Zusammenhang politisch so reibungslos vollzogen werden kann, wie er gegenwärtig abläuft. Deshalb ist ein in

Frieden und Freiheit vereintes Europa es wert, daß wir alle Herausforderungen annehmen, vor die uns die Verwirklichung des Binnenmarktes stellt.

Die Agrarpolitik ist in der Gemeinschaft der am weitesten integrierte Politikbereich. Der Agrarpolitik kommt deswegen auch bei der Verwirklichung des Binnenmarktes eine Schlüsselrolle zu; denn erst durch die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Februar 1988 zur Reform der Agrarpolitik wurde der Weg für eine Sanierung der EG-Finanzen freigemacht, erst dadurch hat die EG wieder Handlungsspielraum bekommen.

Auf diesem Erfolg dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen. Weitere Begrenzungen der Produktionsmengen im Rahmen von Garantiemengenregelungen und Flächenstillegungen sind notwendig, um ein erneutes Ansteigen der Überschüsse zu verhindern; die Möglichkeiten nachwachsender Rohstoffe müssen wesentlich intensiver ausgeschöpft werden (die diesbezüglichen Beschlüsse der letzten Agrarpreisrunde können nur ein allererster Schritt sein).

Die zweite wichtige Schiene der EG-Agrarpolitik betrifft die Harmonisierung der Rahmenbedingungen im EG-Binnenmarkt.

Ich erwähnte eingangs schon, daß zwei Drittel der von der EG-Kommission im "Weißbuch" aufgelisteten Harmonisierungsvorhaben zumindest beschlossen, z.T. auch schon umgesetzt wurden; gleiches gilt für die 90 Vorhaben, die im Zuständigkeitsbereich meines Hauses liegen. Das Bild täuscht aber insofern, als naturgemäß zunächst die Bereiche harmonisiert wurden, bei denen ein Kompromiß relativ leicht erzielt werden konnte, während die "dicken Brocken", bei denen die Auffassungen der Mitgliedsstaaten stark auseinandergehen, noch nicht erledigt sind. Hierzu gehören im Agrarbereich u.a. die für uns so wichtigen Bestimmungen zur Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die Anwendung von Düngemitteln und die Ausbringung von Dung sowie die Richtlinien zur Tierhaltung.

Die Bundesregierung wird darauf drängen, daß in diesen Bereichen auf hohem Niveau harmonisiert wird, damit Wettbewerbsverfälschungen zu Lasten der deutschen Landwirte vermieden werden. Falls wir jedoch aus Gründen des Verbraucher-, Umwelt- oder Tierschutzes national strengere Bestimmungen aufrechterhalten, müßten ggf. Ausgleichszahlungen geleistet werden, um Wettbewerbsverfälschungen zu verhindern. Ich bin aber zuversichtlich, daß wir in den noch verbleibenden 2 1/4 Jahren bis zum offiziellen Startschuß des EG-Binnenmarktes im Agrarbereich den noch ausstehenden Harmonisierungsbedarf einvernehmlich regeln werden.

Kritischer sehe ich in dieser Hinsicht zwei andere Bereiche, von denen die Land- und Ernährungswirtschaft direkt betroffen ist: Die Mehrwert- und spezifischen Verbrauchssteuern und die Wirtschafts- und Währungsunion. Letztere ist zwar im Zeitplan, aber einem, der von dem des Binnenmarktes abgekoppelt ist. Insofern ergibt sich eine "Harmonisierungslücke", die für die deutschen Landwirte nicht zur Fallgrube werden darf: Solange Währungsanpassungen im EWS auftreten können, müssen nach Ansicht der Bundesregierung währungsbedingte Einkommensverluste der Landwirtschaft in voller Höhe und in geeigneter Form ausgeglichen werden können. Ich habe aufmerksam registriert, daß auch der Wissenschaftliche Beirat beim BML in seinem neuen "Binnenmarktgutachten" für die Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen aus verteilungs- und agrarpolitischer Sicht ein gewisses Verständnis zeigt, hinsichtlich der Ausgestaltung allerdings von unseren Vorstellungen abweicht.

Beim anderen großen Harmonisierungsbereich, den Mehrwert- und spezifischen Verbrauchssteuern, mußte inzwischen von den EG-Finanzministern mangels Konsensbildung auch ein vom Binnenmarkt abweichender Terminplan akzeptiert werden. Dies ist deshalb besonders bedauerlich, weil der freie grenzüberschreitende Handel eigentlich voraussetzt, daß alle Verbrauchssteuern nur vergleichsweise gering differieren. Der Agrarsektor ist sowohl bei den Vorleistungen - den Mineralölsteuern und der unterschiedlichen Handhabung der Mehrwertsteuern für Produktionsmittel wie der Besteuerung der Produkte betroffen - angefangen vom Nullsatz der Mehrwertsteuer in einigen Mitgliedstaaten bei Lebensmitteln über Alkohol- und Biersteuer bis zur Zuckersteuer und der von der Kommission vorgeschlagenen, aber von uns abgelehnten Weinsteuer.

Sie sehen, es ist doch noch einiges zu erledigen im Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarkt (wobei ich von so interessanten Bereichen wie dem Verkehrssektor oder dem technischen Baurecht und ihren Rückwirkungen auf den Agrarsektor gar nicht sprechen möchte).

Lassen Sie mich zurückkommen zur EG-Agrarpolitik und ihren internationalen Beziehungen.

Sie werden mir sicherlich alle zustimmen, daß der Ausgang der GATT-Verhandlungen zum Agrarteil im Dezember dieses Jahres von entscheidender Bedeutung sein wird für die Zukunft der Landbewirtschaftung in der EG, wichtiger noch als alle Binnenmarkteffekte. Ich möchte nicht schwarz-in-schwarz malen, aber ein völliger Abbau der gegenwärtigen Schutzmechanismen, wie von den Amerikanern gefordert, würde in vielen Regionen den Fortbestand der bäuerlichen Familienbetriebe in Frage stellen.

Worum geht es?

In der sog. "Halbzeitbilanz" der Uruguay-Runde haben die GATT-Vertragsparteien im April letzten Jahres als langfristige Zielsetzung der Agrarverhandlungen vereinbart, den Agrarhandel zu liberalisieren und die nationalen Agrarmärkte stärker auf die internationalen Marktsignale reagieren zu lassen. Dieses Ziel soll erreicht werden

- durch eine substantielle, schrittweise Verringerung der landwirtschaftlichen Stützung und Protektion, wobei bereits erbrachte Vorleistungen ab 1986 angerechnet werden sollen und

- durch eine Verbesserung der einschlägigen GATT-Bedingungen, die den Marktzugang und Exportwettbewerb betreffen.

Die Europäische Gemeinschaft hat seit Beginn der Verhandlungen stets den Standpunkt vertreten, daß über ein aggregiertes Meßinstrument (AMS) am flexibelsten die Agrarstützung verringert werden kann.

Ausgehend von entsprechenden Berechnungen der OECD - dem sog. PSE-System - hat die Gemeinschaft folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Beschränkungen der AMS-Rechnung auf handels- und produktionsrelevante Stützungsmaßnahmen für die wichtigsten Agrarprodukte (Getreide, Ölsaaten, Zucker, Milch, Rind- und Kalbfleisch, Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Reis sowie Schaffleisch).

- Ausklammerung von Wechselkurs- und Weltmarktpreisschwankungen durch Festlegung fester Referenzpreise.

- Berücksichtigung mengenregulierender Maßnahmen (z.B. Produktionsquoten) als stützungssenkende Elemente.

Die Gemeinschaft hat darauf hingewiesen, daß mit einer Stützungssenkung über AMS gleichzeitig auch der Einfuhrschutz und die Exportsubventionen verringert werden. Allerdings hat sie sich bereit erklärt, unter folgenden Voraussetzungen bestehende Einfuhrschutzinstrumente in feste Zölle umzuwandeln:

- Beibehaltung einer gewissen Gemeinschaftspräferenz,

- Einführung eines variablen Korrektives, um Wechselkurs- und Weltmarktpreisschwankungen abzufangen, und

- Einführung eines ausgewogenen Außenschutzes für Getreidesubstitute sowie pflanzlicher Öle und Fette (sog. "rebalancing").

Diese Verhandlungsposition wurde Ende letzten Jahres vom Ministerrat in Brüssel verabschiedet.

Sie alle haben verfolgt, daß der mit Spannung erwartete Weltwirtschaftsgipfel, der im Juli dieses Jahres in Houston stattfand, in seinem Abschlußkommuniqué zu den Agrarverhandlungen der Uruguay-Runde sehr konkret Stellung bezog.

- Der Stützungs- und Schutzabbau soll die drei Bereiche internes Regime, Marktzugang und Exportsubventionen umfassen.

- Den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Landwirtschaft in den einzelnen Ländern soll Rechnung getragen werden. Deshalb sollen die Verhandlungen in einem Rahmen geführt werden, der ein gemeinsames Meßsystem für die Agrarstützung beinhaltet.

- Der Abbau, der auf Basis gemeinsamer Maßnahmen oder in anderer Weise erfolgt, soll nicht nur die interne Stützung betreffen, sondern auch Exportsubventionen und Einfuhrschutzmaßnahmen in abgestimmter Weise umfassen.

- Der Bericht des Vorsitzenden des Agrarverhandlungsausschusses, Herrn de Zeuuw, wird als Mittel zur Fortführung der Verhandlungen betrachtet.

Hierüber gab es einigen Pressewirbel - zu unrecht, wie ich meine, denn diese Erklärung zeigt keine wesentlichen inhaltlichen Diskrepanzen zur oben erläuterten Verhandlungsposition der EG. Dennoch: Wenn die Verhandlungen der sog. "Urugay-Runde" des GATT im Dezember dieses Jahres nach über vierjähriger Dauer zu einem erfolgreichen Abschluß kommen sollen, sind vor allem im Agrarteil dieses Verhandlungspaketes noch einige Knoten zu lösen!

Meine Damen und Herren!

Ich habe meine fachlichen Ausführungen mit einigen allgemeinen Bemerkungen zur politischen Einbettung der deutsch-deutschen Vereinigung in den europäischen Einigungsprozeß begonnen und Ihnen dann die agrarpolitischen Ziele und den vielfältigen Handlungsbedarf erläutert, der sowohl durch den Binnenmarkt wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf den Agrarsektor zukommt. Meine Ausführungen zur GATT-Problematik möchte ich dagegen mehr als aktuellen Exkurs verstehen.

Lassen Sie mich insgesamt folgendes Fazit ziehen: Die Schaffung des EG-Binnenmarktes alleine war schon eine Herausforderung für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft - dieser Herausforderung ist sie allerdings gewachsen, wenn sie weiterhin auf allen Gebieten kosten- und absatzbewußt denkt und handelt. Der deutsche Einigungsprozeß, der für uns alle so beeindruckend dazugekommen ist und politisch alle anderen Ereignisse in den Schatten stellt, ist ein zusätzlicher Impuls, um die notwendigen Anpassungsschritte zu beschleunigen. Dies gilt in noch stärkerem Sinne auch für die Landwirtschaft in der bisherigen DDR, die angesichts des Binnenmarktes nicht nur mit den westdeutschen, sondern mit den Unternehmen der gesamten europäischen Agrarwirtschaft konkurrieren muß. Ich bin aber zuversichtlich, daß sie nach einer Übergangsphase dazu in der Lage ist, wenn die angebotenen Anpassungshilfen entsprechend genutzt werden. Ich möchte diese Zuversicht mit einem Zitat von Ludwig Erhard begründen, der in seinem oben schon erwähnten Artikel 1953 schrieb[7]: "In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte entfesseln, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt."

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

7) vgl. Bulletin, a.a.O., S. 1454.